

# Auer Tageblatt

## Anzeiger für das Erzgebirge

Abonnement: Durch unsere Seiten bei uns monatlich 25.00 Mark. Bestellungen nehmen die Postämter und für auswärtige die Postanstalten entgegen. — Erhältlich werktäglich. Preis pro Stück 10 Pf. Nr. 53. Telegramme: Tageblatt Erzgebirge.

Abonnement: Die Redaktion hat den Preis für Anzeigen aus dem Ausland um 50% erhöht. Die Anzeigen sind 2.00 Mark, die Anzeigen 2.00 Mark, die Anzeigen 2.00 Mark. Bei größeren Abrechnungen auf besonderen Bescheid.

Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postfach-Konto: Amt Leipzig Nr. 1000

Nr. 73

Montag, den 27. März 1922

17. Jahrgang

### Das Wichtigste vom Tage.

Heute nachmittag wird in Berlin eine Zusammenkunft der Minister aller deutschen Staaten stattfinden, in der die Lage, wie sie durch die Antwort der Reparationskommission geschaffen worden ist, erörtert werden soll.

Im Reichsrat wurden über den Nachtragset für 1922 weitere Ausführungen gemacht. Der Gesamtfehlbetrag für die Ausführungen des Friedensvertrages beläuft sich auf 198,5 Milliarden Mark. Nach den neuesten Forderungen kommen noch 21,7 Milliarden Goldmark dazu, so daß sich der Gesamtbetrag auf 219,2 Milliarden beläuft.

Daily Mail meldet, Lloyd George sei entschlossen, einen englisch-russischen Sondervertrag in Aussicht zu nehmen, wenn in Genue keine gemeinsame Politik in der russischen Frage erzielt werden könne.

### Demokratie und Parteiwesen.

Von Dr. Ludwig Haas-Karlsruhe, M. d. R.

Wir Demokraten haben in uns die starke Überzeugung, daß Deutschland um seiner Zukunft willen die Demokratie braucht. Es ist das tragische Schicksal des deutschen Volkes, daß nicht vor dem Kriege die Demokratisierung und Parlamentarisierung eingeführt und durchgeführt wurde. Die deutsche Geschichte wäre anders verlaufen, wenn sich Deutschland rechtzeitig zur Demokratie bekannt hätte. Auch rechtsgehende Politiker werden es im vertrauten Gespräch nicht bestreiten, daß von aus außenpolitischen Gründen eine Ablehnung vom demokratischen Staat unmöglich ist. Da aber, jetzt mehr als je, unsere Politik von außenpolitischen Erwägungen bestimmt wird und bestimmt werden muß, ist damit die Rechtfertigung des demokratischen Staates und die Bekämpfung seiner Notwendigkeit gegeben. Ein zweites kommt dazu. Wir brauchen, wenn wir als einziges Volk durch diese furchtbare Periode hindurchkommen wollen, ein starkes Nationalgefühl und ein sicheres Staatsbewußtsein. Beides wird gestärkt durch die Demokratie. Wenn das Volk, — anders als beim Dreiklassenwahlrecht, anders als bei der Ernennung der Minister durch den Monarchen, ohne Rücksicht auf Parlamentsmehrheiten, — Einfluß hat auf die Leitung seiner Geschicke, wenn der einzelne Bürger sich als Teil des Staates und als mit verantwortlich für den Staat erkennt, wird sein Nationalgefühl und sein Staatsbewußtsein gestärkt.

Aber auch zur Wiederaufrichtung der durch den Zusammenbruch im November 1918 schwer erschütterten Staatsautorität müssen wir das Volk mit demokratischem und republikanischem Denken erfüllen. Der Kampf der Rechten gegen die Republik, die nicht den Krieg und die falsche Politik des alten Systems für unser Elend verantwortlich macht, sondern mit über Demagogie die Republik für unsere nationale und wirtschaftliche Not haltbar machen will, trägt nicht zur Festigung der Staatsautorität bei. Und dann klagen dieselben Leute über den Mangel an Staatsautorität! — Nicht wegen irgendwelcher politischer Theorien, sondern aus sehr praktischen Erwägungen nüchternen Staatspolitiker kämpfen wir für die Verbreitung demokratischer Gedanken. Aber wir wollen unseren Kampf sachlich und in Achtung vor den Überzeugungen der anderen Partei führen. Wir haben gemeinsam mit dem Zentrum und der Sozialdemokratie in schweren, allerschwersten Zeiten den zusammengedröckten Staat wieder aufgebaut und Deutschland vor der Anarchie bewahrt. Vieles trennt uns vom Zentrum, vieles von der Sozialdemokratie. Aber beide Parteien haben sich gemeinsam mit uns ehrlich für die Republik eingesetzt. Wir haben aber auch während der kurzen Spanne gemeinsam mit Zentrum und Volkspartei die Reichsregierung gebildet. Wenn das schon einmal möglich war, kann die Zusammenarbeit mit der Volkspartei auch in Zukunft wieder möglich werden. Voraussetzung ist aber ein klares Bekenntnis der Volkspartei zur Verfassung. Das Bekenntnis war damals abgegeben. Aber es war peinlich, daß trotzdem draußen im Lande, während in der Regierung mit den volksparteilichen Ministern sachliche Arbeit geleistet wurde, in der volksparteilichen Presse und in volksparteilichen Versammlungen gegen die Republik agitiert wurde. Auch jenes Mißtrauensvotum gegen den Reichskanzler Wirth, das die Volkspartei in unbegreiflicher und unsachlicher Weise abgegeben hat, in der Hoffnung, daß Wirth doch eine Mehrheit bekommt, hat den Gedanken der großen Koalition nicht gestärkt. Trotzdem bleibt die Tatsache bestehen, daß die Mitarbeit der Volkspartei wünschenswert wäre; wir haben kein Interesse daran, die Volkspartei, die hinter der Volkspartei stehen, mit Gewalt in der Opposition zu halten. Aber man wird sich in jenen Kreisen darüber klar sein müssen, daß man nicht gleichzeitig im Reichstag Regierungspartei und draußen im Lande Oppositions-

partei sein kann. Die Lösung des Problems wird davon abhängen, ob in der Volkspartei die Erwägungen sachlich denkender Führer oder parteigegnerische Wünsche das Uebergewicht haben.

Mit den Radikalen rechts und links ist eine Verständigung nicht möglich. Wer die Verfassung ablehnt, um die Monarchie oder um die Diktatur des Proletariats zu erkämpfen, kann für die Demokratie kein Bundesgenosse sein. Man soll stets versuchen, sich in das Denken jeder politischen Richtung einzufühlen; man mag begreifen, daß, da die Menschen verschieden sind, konservative und kommunistische Gedanken Anhänger finden. Aber eine Politik, die die Staatsautorität untergräbt und die für Verschwörer und Geheimplünder liebevolle Entschuldigungen hat, die die Gefahr des Bürgerkrieges heraufbeschwört, muß gerade aus Gründen konservativen und staatsverhaltenden Denkens abgelehnt werden. Wir machen keinen Unterschied zwischen den Feinden des Staates, ob sie rechts oder links stehen. Wir wehren uns gegen den Kommunismus, weil das deutsche Volk nicht durch eine Periode russischer Not und russischer Elends hindurchgehen soll. Aber die Gefahr blutiger innerer Kämpfe, die Gefahr der Anarchie und des Verfalls des Reichs wird durch Putzsch der Rechtssozialisten genau so heraufbeschworen wie durch Putzsch der Linkssozialisten. Wir brauchen auf lange Zeiten hinaus die Politik der Mitte. Das ist eine harte, freudlose Politik; sie begünstigt nicht. Sie verlangt Opfer und das schwerste Opfer, das Opfer nationaler schweigender Geduld. Kritik ist leichter; noch leichter ist es, einzelnen Berufsständen zu schmeicheln; am allerleichtesten ist die nationalistische Phrase. Wir gehen nicht den leichten Weg. Um des Vaterlandes willen, wegen unserer nationalen Zukunft zeigen wir dem deutschen Volke den Weg schwerster Opfer und harter, mühseliger Arbeit.

### Reichsbahnfinanzen.

W. W. Im Hauptauschuß des Reichstages hat dieser Tage der Reichsverkehrsminister Gröner Mitteilungen über die voraussichtliche Gestaltung der Eisenbahnfinanzen gemacht, die durchaus geeignet sind, Ueberraschung hervorzurufen. Denn was der Minister mitteilte, war in der Sache nichts mehr und nicht weniger, als die Feststellung, daß es gelungen sei, den Fehlbetrag der Reichseisenbahnen zu beseitigen. Allerdings einstweilen nur auf dem Papier. Die Zahlen des Reichsverkehrsministers Gröner beziehen sich auf das Rechnungsjahr 1922/23, das am 1. April 1922 beginnt und am 31. März 1923 endet. Der ordentliche Haushalt soll danach mit 97 Milliarden Mark abschließen, der außerordentliche Haushalt mit 17 Milliarden Mark. Zusammen sind das 114 Milliarden Mark, also erheblich mehr, als im Januar d. J. bei Gelegenheit der Veröffentlichung des Voranschlags für das neue Haushaltsjahr mitgeteilt wurde, in dem zum ersten Mal die Verkehrsverwaltungen gesondert und selbständig ausgewiesen wurden. In diesem Voranschlag belief sich der ordentliche Haushaltsplan auf rund 66, der außerordentliche Haushalt auf 14 oder 15 Milliarden Mark. Der neue Voranschlag berechnet, daß der Güterverkehr 88,3, der Personenverkehr 11,6 Milliarden Mark einbringt. Sonstige Einnahmen sollen 2,1 Milliarden Mark ergeben, was zusammen 97,1 Milliarden Mark ausmacht. Die Ausgaben für Gehälter beanspruchen 42, die sachlichen Ausgaben 50,4 Milliarden Mark. Das ergibt eine reine Betriebsausgabe von 92,4 Milliarden Mark, so daß bei 97,1 Milliarden Mark ein Ueberschuß von 4,7 Milliarden Mark vorhanden ist.

Diese Art der Berechnung verursacht erhebliche Bedenken. Zunächst kommt in Betracht, daß der Minister die Einnahmen aus dem Verkehr auf Grund der neuen Tarifserhöhungen vom 1. April berechnet hat. Es ist möglich, daß die Gesamtsumme einkommt; es ist aber nicht sicher, da nicht zu übersehen ist, wie sich die Wirtschaft mit neuerhöhten Tarifen abfinden wird. Dagegen schätzt der Minister die Ausgaben für Gehälter und Löhne offenbar zu niedrig ein. Im Vorwurf des Januar war dieser Ausgabenposten schon mit rund 35 Milliarden Mark angesetzt. Dabei konnten die neuen Lohn- und Gehaltserhöhungen nicht berücksichtigt werden. Von der Gesamtsumme von 90 Milliarden Mark, die hierfür erforderlich sind, fallen allein fast zwei Drittel auf die Reichseisenbahnen. Unter Hinzurechnung dieser Erhöhung würde also der Aufwand für Gehälter und Löhne im neuen Haushaltsjahr rund 80 Milliarden Mark erreichen, also um 20 Milliarden mehr, als der Minister annimmt. Damit fällt nicht nur der errechnete Betriebsüberschuß, sondern es ist noch ein Fehlbetrag von zunächst 15 Milliarden Mark vorhanden. In dem Maße, wie der Geldwert weiter sinkt, wird der Fehlbetrag sich erhöhen, da neue Lohnforderungen und Gehaltserhöhungen dann eben auch unvermeidlich sind. Willig unklar ist, wie sich der Minister die Aufbringung der Summen für den außerordentlichen Haushalt denkt. Nach den Richtlinien, die für seine Aufstellung ausgegeben worden sind, wird auf den außerordentlichen Haushalt alles an Neuanstellungen für den Betrieb abgehoben, was im Einzelfall den Betrag von 80 000 Mark übersteigt. Damit muß aus

dem außerordentlichen Haushalt alles gedeckt werden, was an sich im ordentlichen Betriebshaushalt verrechnet werden müßte. Der außerordentliche Haushalt hat also nur den Zweck, den Fehlbetrag des Betriebes zu verschleiern. Daß auf dem Anleihewege die 17 Milliarden Mark nicht hereinkommen können, bedarf bei der starken Anspannung des Geldmarktes keiner Begründung. Tatsächlich ist der außerordentliche Haushalt die Einrichtung, die den unvermeidlichen Fehlbetrag rechnermäßig verbuchen soll. Da aber der ordentliche Haushalt heute schon mit einem Fehlbetrag von 15 Milliarden Mark belastet ist, so wird dieser durch den außerordentlichen Haushalt noch um 17 Milliarden Mark erhöht. Das ist noch nicht alles. Der Minister selbst gibt an, daß für den Schuldendienst 4,1 Milliarden Mark erforderlich sind. Insgesamt ist also heute schon im Voranschlag ein Fehlbetrag von 35 Milliarden Mark vorhanden, nicht aber ein Betriebsüberschuß von 4,5 Milliarden Mark. Was diese Rechenstücke nützen sollen, ist nicht klar. Daß bei der Reichsbahnverwaltung viel im Argen liegt, beweisen die immer stärker werdenden Beschwerden über den Wagenmangel. Im Uebrigen beschwert die Rechnung des Ministers die Gefahr herauf, daß der Verband seine Ansprüche noch höher herauschraubt. Wenn die Eisenbahnen schon einen Betriebsüberschuß haben, so müssen wir ja im Felde schwimmen!

### Regierung und Reparationsnote.

In der Presse erscheinen noch immer ungezählte Notizen und Mitteilungen, nach denen die Regierung mit den Parteiführern Konferenzen angefaßt habe. Für heute, Montag, sind eine ganze Reihe solcher Besprechungen angekündigt worden. Es ist notwendig, jenen Mitteilungen einmal entgegenzutreten, weil durch sie der Ansehen erweckt wird, als ob infolge der Note der Reparationskommission in Berliner Regierungskreisen die schlimmste Aufregung und Nervosität herrsche. Es kann nur immer wieder dringend gemahnt werden, sich vom solchen künstlichen Krisenmacher fern zu halten. Der Note der Reparationskommission fehlt jeder ultimative Charakter, die Forderungen sind an Fristen geknüpft, die eine sachliche Prüfung auch ohne Ueberstürzung gestatten. Die demokratischen Fraktionsführer haben in der ersten Besprechung mit dem Reichskanzler darauf hingewiesen, daß es eine sachliche Notwendigkeit sei, die Note ruhig und einsetzend zu prüfen. Man müsse dazu der Regierung Zeit lassen und nicht durch fortgesetzte Verhandlungen mit den Parteilichen die zusammenhängende Durcharbeitung des großen Fragenkomplexes unterbrechen. Es ist dringend notwendig, daß die Regierung zu einer klaren selbständigen Stellungnahme gelangt, damit sie in der ganzen Angelegenheit wirklich führend aufzutreten vermag und eine Stellung gewinnt, die im demokratischen Staat bei so wichtigen Anlässen dringend erforderlich ist. Aus diesem Grunde hat die demokratische Reichsfraktion ihre nächste Fraktionsitzung auch erst für Dienstag anberaumt.

### Amerika und Europa.

Der amerikanische Senat hat den Vertrag der vier Großmächte über den Stillen Ozean mit 87 gegen 27 Stimmen ratifiziert. Damit ist das große Pazifik-Bündnis gesichert, denn England, Frankreich und Japan werden dem Abkommen nunmehr keine Schwierigkeiten bereiten. Amerika hat damit aber auch die Hände frei für gewisse andere Angelegenheiten, und es klingt daher wahrscheinlich, wenn Reuters aus Washington meldet, Präsident Harding wolle den Kongress ersuchen, die Entsendung eines amerikanischen Mitgliedes in die Reparationskommission zu genehmigen. Natürlich will Amerika dadurch zunächst nur einen einfacheren Weg für die Geltendmachung seiner Wünsche gewinnen. Bekanntlich erhebt es ja die Forderung von 241 Millionen Dollar für die amerikanischen Besatzungstruppen. Aber für die fernere Zukunft würde der amerikanische Vertreter in der Reparationskommission doch in der Lage sein, den Einfluß seiner Regierung bei der Behandlung aller sonstigen Fragen zur Geltung zu bringen. So wenig übertriebenen Hoffnungen zugunsten Deutschlands erlaubt sind, so sicher ist doch, daß ein Vertreter der nüchternen Amerikaner nie und nimmer seine politische Reputation dazu hergeben würde, Sinnlosigkeiten zu fordern, wie sie in der jüngsten Note der Reparationskommission enthalten sind. Wie peinlich auch sonst manche Deute von diesem Dokument berührt worden sind, zeigt am besten die Tatsache, daß Lloyd George jetzt seine Denkschrift vom 25. März 1919 in die Öffentlichkeit lamieren läßt, die für die Friedenskonferenz von Versailles bestimmt war. Freilich hat der englische Premier nicht behauptet, daß man jetzt allerlei fatale Vergleiche zwischen seinem Wollen und Vollbringen anzustellen in der Lage ist.

ik.  
Vaine. Gute  
undl. laden  
ral u. Frau.  
fei  
str 15  
n 11  
oldh  
Lo  
en  
rang.  
bwig.  
de.  
leiten  
er  
ke  
er 626.  
Aue,  
517  
Bauernede  
ennausbau.  
heits-  
erf  
attföhren  
r. 26.  
korn  
genplatz.  
26. März  
rer  
k.